

BANKEN

Codename „Cambridge“

US-Präsident Bush setzt nicht nur auf das Militär, sondern auch auf seine Wirtschaftsmacht. Mit Hilfe der Banken sollen die Finanzquellen der Terrornetzwerke ermittelt werden. Auf der Jagd nach Osama Bin Laden tauchen geheimnisvolle Spuren auf – auch bei der Deutschen Bank.

Die Nachricht klang wie ein Hilferuf: „Ich muss Sie morgen früh sprechen, sowie Sie im Büro sind.“ Empfänger der Botschaft war Thomas Fischer, der als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank für die Compliance zuständig ist – also für die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften in allen Bereichen des Frankfurter Geldhauses.

Hugo Banziger, der oberste Kreditrisikomanager der Bank, hatte ihm die Zeilen in der Nacht zum 14. September um 0.29 Uhr per E-Mail geschickt.

Es ging, knapp drei Tage nach den verheerenden Terroranschlägen in den USA, um eine dubiose Kundenbeziehung. Nur wenige Manager des Instituts wussten Be-

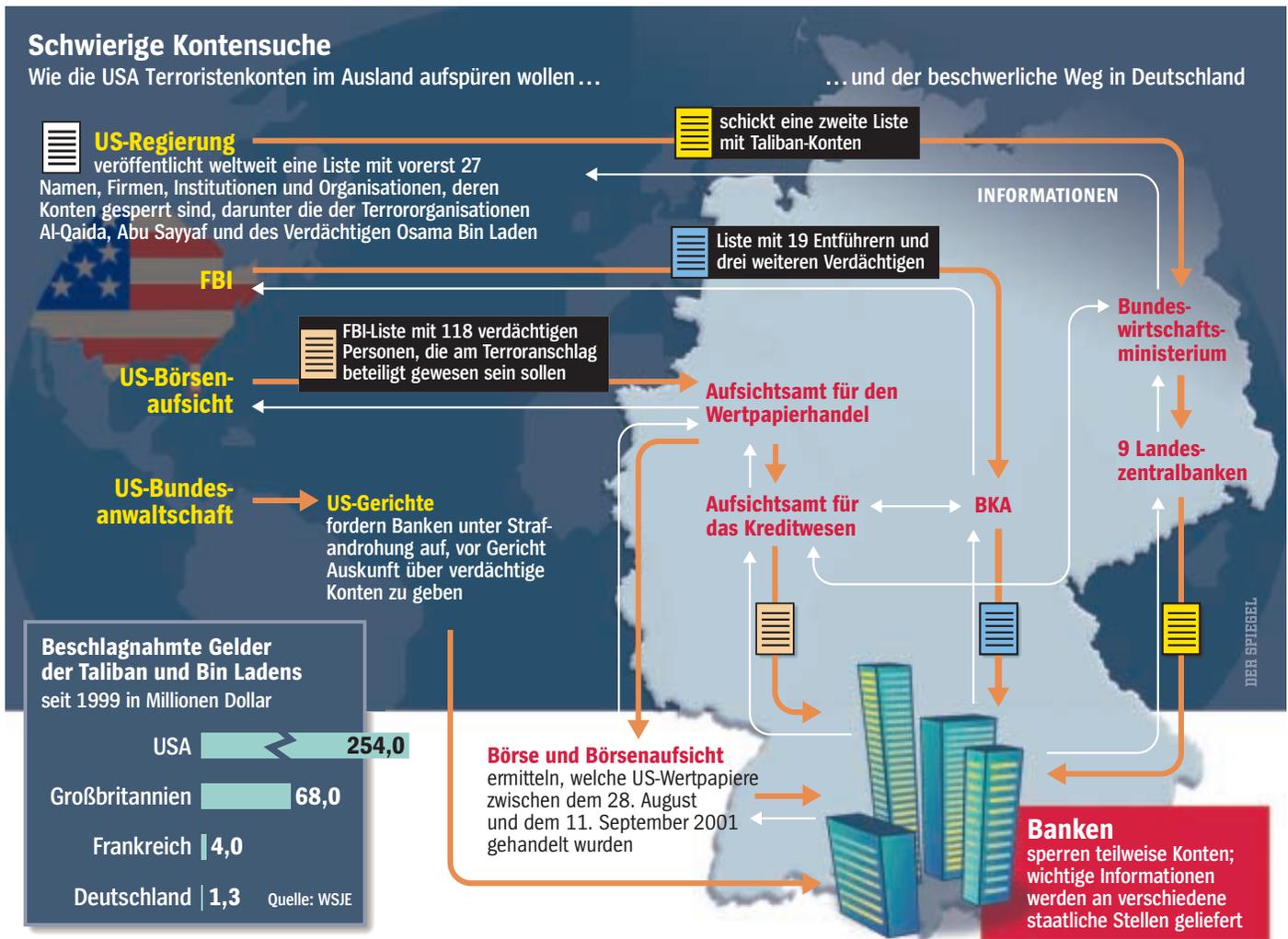
scheid über den Verdacht, den Banziger seinem Chef unterbreiten wollte. Da der Fall als äußerst heikel angesehen wurde, einigte man sich schließlich darauf, selbst die hausinterne Kommunikation mit dem Codenamen „Cambridge“ zu versehen.

Der Name bezieht sich auf die Firma Cambridge Engineering Systems Ltd. Das Unternehmen sowie zwei mit ihm verbundene Firmen haben ihren Sitz auf den Cayman-Inseln. Haupteigner der Firmengruppe in der karibischen Geldwäscher-Oase, so hatte Banziger entdeckt, ist die saudiarabische Familie Bin Laden. Aber auch die eigene Bank hat Anteile.

Doch wem genau in der weit verzweigten Dynastie der Bin Ladens gehört das

Firmengeflecht? Welcher der zahllosen Halbbrüder oder Neffen von Terrorist Osama Bin Laden steckt hinter der Cayman-Connection? Macht die Deutsche Bank Geschäfte mit Kriminellen, oder ist sie nur Partner der bislang unbescholtenen Saudi Binladin Group (SBG), die der Vater Osama Bin Ladens einst gegründet hatte? Hält der meistgesuchte Terrorist der Welt, der nach Recherchen der Deutschen Bank noch bis 1993 an dem Imperium des Vaters beteiligt war, womöglich über Strohmänner Anteile an der Cambridge-Gruppe?

Banken auf Terroristenjagd: Seit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon ist es vorbei mit der vornehmen Zurückhaltung der Geldhäuser.



Alle großen Institute in den USA, in Europa und in Japan haben Dutzende von Mitarbeitern damit beauftragt, verdächtigen Kunden- und Kontenverbindungen nachzuspüren. Akribisch suchen hausinterne Experten, so genannte Compliance Officers, jeden Hinweis, der zu den Attentätern führen könnte.

Der erste Schlag gegen die Terroristen, verkündete US-Präsident George W. Bush, sollte nicht mit Bomben und Soldaten geführt werden, sondern mit der wirtschaftlichen Macht der Vereinigten Staaten. Publikumswirksam ordnete er an, die „Finanzquellen des globalen Terrornetzwerks“ auszutrocknen. Denn das Geld, so hatte der Mann im Weißen Haus erkannt, ist „das Lebenselixier terroristischer Operationen“.

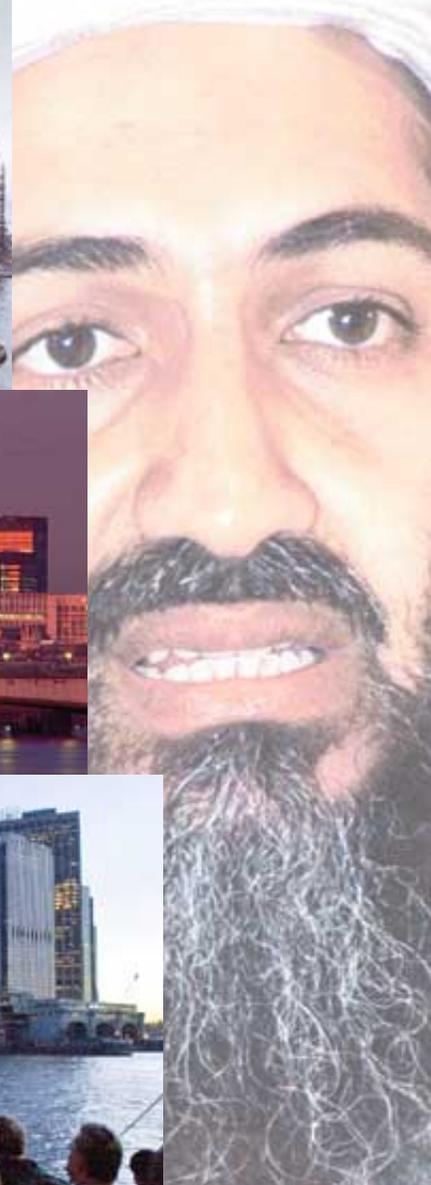
Nicht nur in den USA, sondern weltweit sollten die Guthaben von 27 Personen und Organisationen eingefroren werden. „Das ist kein symbolischer Akt“, hieß es im Weißen Haus. Vielmehr sei es „ein starkes Signal an al-Qaida, dass wir wissen, wer sie sind, dass wir ihre Freunde und Geldgeber kennen“. Al-Qaida ist die Terrororganisation Bin Ladens.

Bush kündigte „drakonische Sanktionen“ an, falls Staaten und Banken nicht mit den Amerikanern kooperierten: „Wer Terroristen unterstützt“, müsse damit rechnen, dass seine Konten in den USA eingefroren würden. Notfalls müssten die Länder ihre Gesetze ändern.

Begeistert klatschten westliche Staatsmänner Beifall und versicherten, sich der Antiterrorallianz anschließen zu wollen. Selbst das Fürstentum Luxemburg und die Schweiz, denen das Bankgeheimnis bislang heilig war, beugten sich dem Druck.

So lief zwischen Washington und Zürich, zwischen London und Tokio eine Fahndungsaktion von ungekannten Ausmaßen an. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden die Banker voll eingebunden in ein weltweites System staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen. Stapelweise lieferten sie Verdachtsmeldungen an die Fahnder. Die offensichtlichen Spekulationsgeschäfte kurz vor dem Anschlag, die Kontobewegungen der Selbstmordattentäter und das finanzielle Treiben zahlreicher islamischer Banken – alles wird nun untersucht.

Die Suche nach dem finanziellen Netzwerk der Terroristen ist ausgesprochen



PETER PARKS / AFP / DPA (O.); ZIELSKE / BILDERBERG (M.); MARK LENNHAN / AP (U.); AP (R.)

Finanzplätze in Hongkong, London und New York: Stapelweise Verdachtsmeldungen

kompliziert. Milliarden von Finanztransaktionen werden jeden Tag ausgeführt. Allein die Menge des Geldes, das jährlich gewaschen wird, beläuft sich nach Schätzungen des Bundesnachrichtendienstes auf etwa drei Billionen Mark – etwa das Achtfache des deutschen Bundeshaushalts.

Anfällig ist der Handel mit Schwarzgeld eigentlich nur am Anfang, wenn Bargeld auf ein Konto eingezahlt wird. Dann könnten die Banker am ehesten Verdacht schöpfen und die Fahnder am leichtesten eingreifen. An diesem Punkt setzen auch die meisten Geldwäschegesetze ein, die bei größeren Bargeldeinzahlungen eine Ausweispflicht vorschreiben.

Doch solche Gesetze sind längst nicht überall in Kraft oder werden nur lax gehandhabt. Vollends entfällt diese Hürde, wenn man – wie es die Fahnder im Falle Bin Ladens vermuten – beste Beziehungen zu verschiedenen Banken hat.

Ist das Geld erst einmal auf einem Konto, können die Spuren leicht durch zahllose Überweisungen auf andere Konten, Stückelungen und neue Transaktionen so weit verwischt werden, dass ihr Ursprung nicht mehr festzustellen ist. „Dann“, räumt

ein Fahnder ein, „ist es fast unmöglich, den Weg des Geldes zu verfolgen.“

Noch größer werden die Probleme, wenn es sich gar nicht um Schwarzgeld handelt, sondern um zunächst legal erworbene Profite von Firmen oder Stiftungen. Strohmänner können das Geld dann auf getarnte Konten von Terrororganisationen überweisen, ehe es auf Umwegen bei den aktiven Terroristen landet.

Deshalb ist es längst nicht damit getan, die Namen der Verdächtigen in die zentralen Kundendateien der Banken einzugeben. Denn selbst wenn die Namen gefunden werden, wie etwa bei der Hamburger Sparkasse, wo einer der im Zusammenhang mit dem Attentat Gesuchten ein Konto hatte, dann bleibt das Problem, den Weg des Geldes zu den Finanziers des Terrors zurückzuverfolgen.

Die Schwierigkeiten beginnen aber schon viel früher, etwa bei den international sehr unterschiedlichen Schreibweisen arabischer Namen und enden bei der simplen Frage: Wer wird überhaupt gesucht?

So kursierte vergangene Woche neben der von Bush veröffentlichten Fahndungsliste, die in den nächsten Tagen auf 90 Ein-

träge erweitert werden soll, ein Verzeichnis des FBI mit 118 Verdächtigen. Eine weitere Liste mit Konten, die dem Taliban-Regime oder Osama Bin Laden zugerechnet werden, verschickten die deutschen Landeszentralbanken – unter den Gesuchten findet sich auch der deutsche Geschäftsmann Karl-Heinz G. sowie ein in Kabul tätiger deutscher Verein.

Dazu kam die kürzlich aktualisierte Zusammenstellung der Uno mit rund 300 Namen von Personen und Institutionen aus dem Umfeld der afghanischen Extremisten, deren Konten laut der Uno-Resolution von 1999 gesperrt werden müssen.

Was den Ermittlern in Deutschland fehlt, ist eine zentrale Koordinationsstelle wie in den USA. Dort wird die Suche nach den wirtschaftlichen Hintermännern des Terrorgeflechts vom Office of Foreign Assets Control (Ofac) geleitet, einer Abteilung im Finanzministerium. Auch viele andere Länder verfügen über eine Financial Intelligence Unit, wie es im Fachjargon heißt.

In Deutschland dagegen schicken die Banken ihre Auswertungen entweder an das FBI, an das BKA, an die zuständigen Landeskriminalämter, an das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel, die Bankenaufsicht in Frankfurt oder direkt an die US-Börsenaufsicht. „Keiner blickt mehr durch, wer nun eigentlich welche Informationen haben will“, klagt der Chef der Compliance-Abteilung bei einer Frankfurter Bank, „es herrscht totales Chaos.“

Um den Wirrwarr in Deutschland zu beseitigen, will Finanzminister Hans Eichel nun auch eine Financial Intelligence Unit aufbauen. Die Spezialtruppe soll Verdachtsanzeigen aus den Banken prüfen und an die Länderbehörden weiterleiten.

Nachdem anfänglich nur Listen mit arabischen Personennamen kursierten, versorgte das FBI die Europäer vergangene Woche auch mit Angaben zu verdächtigen Geldinstituten. Auch die deutschen Banken erhielten den Auftrag, die Beziehungen zu fünf arabischen Geldinstituten zu durchleuchten: al-Shamal Islamic Bank, Faisal Islamic Bank, Dubai Islamic Bank, Kuwait Finance House und Bahrain International Bank. Später kam noch die Tadamon Islamic Bank hinzu.

Die international kaum bekannten Institute stehen bei den Amerikanern im Verdacht, im Finanzgeflecht von Terroristen eine Rolle zu spielen. „Es gibt ein Netz von privaten Konten in islamischen Banken der muslimischen Welt, welche al-Qaida als Lebenslinie dienen“, bestätigte kürzlich ein Ex-Agent des pakistanischen Geheimdienstes gegenüber der „Washington Post“.

In diesem Zusammenhang sorgte bislang vor allem die sudanesisch-al-Shamal Islamic Bank für Schlagzeilen. Laut Erkenntnissen des amerikanischen State Department hatte Osama Bin Laden bei deren Gründung rund 50 Millionen Dollar investiert.

Ob die Fahnder dort jetzt noch fündig werden, ist sehr fraglich. Nicht nur der heutige Geschäftsführer Mohammed Scheich Mohammed bestreitet, dass es noch Verbindungen zu Bin Laden gibt. „Vielleicht war er bei der Gründung aktiv“, sagt er vage, „aber er war nie ein Aktionär.“

Informationen aus Bankenkreisen besagen ebenfalls, dass der Terrorist dort nicht mehr beteiligt ist. Osama Bin Ladens Anteile, so heißt es, seien 1996 von einer sudanesischen Gruppe unter Abd al-Wahhab Osman Scheich Musa und den saudi-arabischen Geschäftsleuten Salih al-Kamil und Ahmed Ali Batarki aufgekauft worden.

Bei einem Prozess in New York Anfang dieses Jahres hatte Dschamal al-Fadl, der sich selbst als Kassenwart Bin Ladens bezeichnete, aber noch zwei weitere Banken im Sudan genannt, zu denen die Terrororganisation al-Qaida gute Kontakte gepflegt habe: die Tadamon Islamic Bank und die Faisal Islamic Bank.

Vor allem die Faisal Bank könnte in den Ermittlungen bald großes Gewicht erhalten und auf diplomatischer Ebene für einige Unruhe sorgen. Die Spuren führen direkt nach Saudi-Arabien, das schon seit längerem im Verdacht steht, die Fundamentalisten in Afghanistan zu finanzieren.

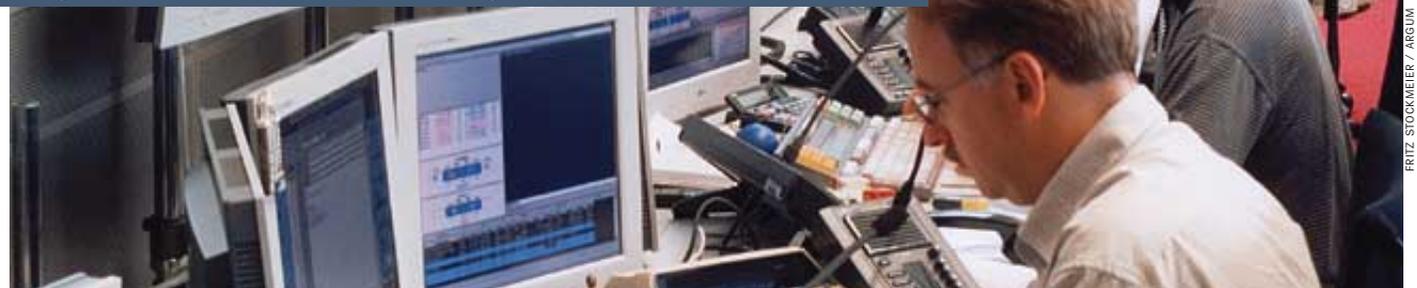
Präsident der Faisal Bank ist ausgerechnet Mohammed al-Faisal Al Saud, Sohn des früheren Königs von Saudi-Arabien und Vetter des amtierenden König Fahd. Der Prinz regiert über ein weit verzweigtes Netz von Banken und Investment-Firmen. Herz des Imperiums ist der Dar al-Maal al-Islami Trust (DMI) auf den Bahamas. Der DMI kontrolliert unter anderem 19 Prozent der sudanesischen Faisal Bank.

Die operative Schaltzentrale des Trusts hat ihren Sitz jedoch in der Schweizer Stadt Genf, die der Bayerische Verfassungsschutz als „Zentrale der Muslim-Brüder in Europa“ bezeichnet. Von dort aus dirigiert auch Yeslam Binladin, ein Halbbruder des Terroristen Osama Bin Laden, der von Kindesbeinen an enge Beziehungen zur saudischen Königsfamilie pflegt, eine internationale Finanzholding. Ein weiterer Halbbruder saß beim DMI bis Dezember letzten Jahres im Aufsichtsrat.

Nicht weit vom Genfer Flughafen entfernt entscheiden die Manager des DMI und seiner Finanzgesellschaft Faisal Finance, wohin die Millionen fließen. Ein religiöser Sachverständigenrat wacht dar-



Börsenhändler in Frankfurt am Main
„Alles wie ein großes Puzzle“



über, dass die Gesetze der Scharia eingehalten werden: Zinserträge sind tabu, genauso Firmen, die mit Alkohol oder Pornografie ihr Geld verdienen.

Über 3,5 Milliarden Dollar werden derzeit für die Kunden verwaltet. Das Geld stammt hauptsächlich von hauseigenen Investment-Firmen, die von saudischen Anlegern Gelder einsammeln.

Dass der Prinz mit der Finanzierung von Terroranschlägen in Zusammenhang gebracht wird, hat seinen Grund unter anderem in wohlthätigen Aktionen. Gemäß der islamischen Tradition zahlten die Aktionäre des DMI jahrelang einen gewissen Prozentsatz ihrer Dividende in eine spezielle

Unter Verdacht

Banken, die vom FBI verdächtigt werden, Teil des finanziellen Netzwerks von Terroristen zu sein



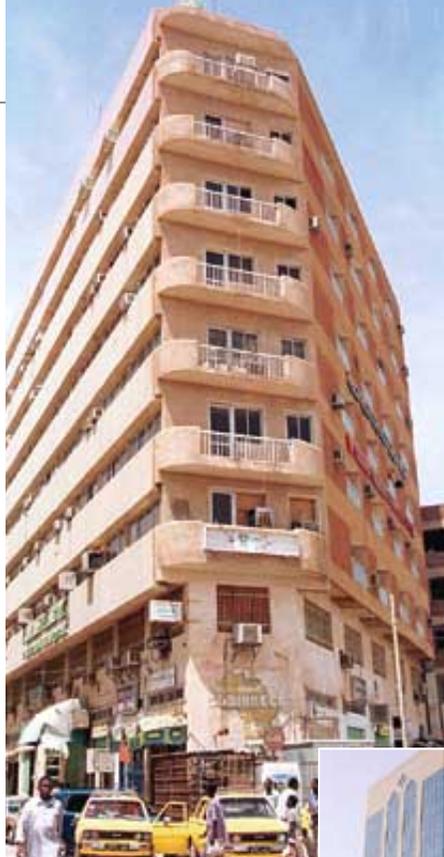
*Prinz al-Faisal Al Saud ist Präsident des Dar Al-Maal Al-Islami Trust (DMI), Bahamas. Der DMI besitzt 19% an der Faisal Islamic Bank.

Kasse. Die religiöse Steuer mit dem Namen Sakat schwankte von 1991 bis 1997 zwischen 1,5 Millionen und 2,8 Millionen Dollar jährlich. Doch wohin dieses Geld floss, wusste nur das Topmanagement.

Die Profiteure der Sakatkasse sind bis heute geheim. „Wohlthätige Organisationen und Moscheen“, sagt DMI-Sprecher Muwija Mughtari vage, weist aber jeden Verdacht über die Zusammenarbeit „mit dem Finanzierungsnetzwerk terroristischer Organisationen“ kategorisch zurück. Zudem werde jetzt intern die Verbindung zur sudanesischen Faisal Islamic Bank genauer abgeklärt. Heute gibt es zwar die zentrale Kasse nicht mehr, aber der Sakat existiert noch. „Auf Grund von unterschiedlichen Meinungen über die Verteilung des Sakat entscheidet seit 1998 jeder Aktionär selber“, sagt Mughtari. Schlecht für die Ermittler: Die Empfänger des Sakat bleiben nun erst recht im Dunkeln.

Völlig unklar bleibt vorerst ebenfalls, warum sich auch die Dubai Islamic Bank, Kuwait Finance House sowie die Bahrain International Bank im Visier des FBI befinden. Neben Gerüchten aus Geheimdienstkreisen über Verbindungen zum Topterroristen könnten vorhandene Überkreuzbeteiligungen eine Erklärung sein.

So besitzt die Dubai Islamic Bank, auf deren Chefsessel derzeit der Finanzminis-



Al-Shamal Islamic Bank, Khartoum



Dubai Islamic Bank



Bahrain International Bank, Manama

Vom FBI verdächtige Finanzinstitute Vielfältige Verflechtungen

ter der Vereinigten Arabischen Emirate, Mohammed Chalfan Bin Charbasch, sitzt, Anteile an der Tadamon Bank. Dasselbe gilt für Kuwait Finance House. Tadamon ist wiederum an der al-Shamal Islamic Bank beteiligt.

Nicht nur die vielfältigen Verflechtungen in der arabischen Finanzwelt machen den Ermittlern zu schaffen. Auch das immer undurchschaubarer werdende Netz der Korrespondenzbanken erschwert die Rasterfahndung.

Dabei geht es um eine Praxis, die im heutigen Bankgeschäft alltäglich ist: Statt in jedem Land eine teure Repräsentanz zu eröffnen, genügt ein Konto bei einer Ge-

schäftsbank, um den eigenen Kunden einen weltweiten Service zu garantieren.

So wickelt zum Beispiel die Faisal Islamic Bank ihre internationalen Zahlungsaufträge in Deutschland über Konten bei der Deutschen Bank und der Commerzbank ab, in New York funktioniert das System über die Barclays Bank oder The Bank of New York.

Auch al-Shamal unterhält weltweit exzellente Verbindungen. In Genf ist beispielsweise die United European Bank, eine Tochter der französischen BNP Paribas, behilflich, in Frankfurt dient die Commerzbank als Durchlaufstation.

Geldwäscheexperten sind diese lockeren Verbindungen schon lange ein Dorn im Auge. Denn im Gegensatz zu normalen Kunden schaut man bei den Schiebereien der ausländischen Branchenkollegen oft nicht genau hin, zudem werden die Gelder ohne Hinweis auf die wahren Besitzer transferiert. „Mehrere internationale Geldwäschefälle aus der jüngsten Zeit“, warnte die Bankenaufsicht bereits im November vergangenen Jahres, hätten die „Verwundbarkeit von Korrespondenzbanken im Rahmen der Durchleitung deliktischer Gelder“ aufgezeigt.

Wie schwer es ist, die internationalen Kapitalströme zu kontrollieren, zeigt sich auch an den Uno-Sanktionen gegen Afghanistan. Bereits 1999 hatte die Uno ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, die finanziellen Ressourcen des Taliban-Regimes einzufrieren.

Die Uno-Sanktionen richteten sich unter anderem gegen die Da Afghanistan Bank und Bank Milli Afghan. Doch deren internationale Infrastruktur funktioniert teilweise immer noch.

So hatte die britische Aufsichtsbehörde Financial Services Authority im vergangenen Jahr im Zuge der Uno-Sanktionen auch der Afghan National Credit and Finance Ltd. die Banklizenz entzogen. Doch die Londoner Tochtergesellschaft der Bank Milli arbeitet weiter in demselben unscheinbaren Bürogebäude in einer eher schäbigen Ecke Nord-Londons, als wäre nichts geschehen. Nur das Firmenschild fehlt, und das Sicherheitspersonal ist angewiesen, niemanden vorzulassen.

„Wir machen nicht mehr viel Geschäft hier“, behauptet Roger Ivett, einer der Direktoren, der seit 1991 für die Bank arbeitet. Für wen und in welchem Umfang das Unternehmen nunmehr tätig ist, will der Banker nach Rücksprache mit seinem Kollegen, dem Afghanen Mohammed al-Jailaki, allerdings nicht sagen.

Auch die weitere Infrastruktur, die den Afghanen zur Verfügung steht, ist zumin-

dest in London noch intakt. Bankdirektor Ivett ist gleichzeitig Direktor der Trading Company of Afghanistan. Muttergesellschaft des Unternehmens ist die ebenfalls mit Uno-Sanktionen belegte Da Afghanistan Bank, die Konten der Handelsfirma werden gemäß aktueller Unternehmensveröffentlichungen bei der britischen Großbank Barclays geführt.

„Das alles ist wie ein großes Puzzle, dessen Umriss wir nicht einmal ansatzweise kennen“, umreißt einer der deutschen Compliance Officers die Erkenntnisse, die jetzt nach und nach ans Tageslicht kommen. Am Ende, hofft er, „kristallisieren sich dabei Netzwerke heraus, in deren Zentrum eine Person oder zumindest ein Unternehmen steht“.

So weit sind die Bankermittler in den meisten Fällen aber noch längst nicht. Welche überraschenden Zwischenergebnisse



US-Präsident Bush

„Drakonische Sanktionen“

aber unterwegs zu Tage gefördert werden, zeigt sich am Beispiel der Deutschen Bank und ihrem Topkunden, der Familie Bin Laden.

Zwei Tage nach dem Anschlag hatte Anne Binstock von der Deutschen Bank in New York die „Cambridge“-Spur aufgenommen. Ihr erstes Fazit: Insgesamt hat die Familie Bin Laden, die von der New Yorker Private Banking Gruppe des Instituts betreut wird, auch über verschiedene Offshore-Firmen ein Vermögen von mindestens 142 Millionen Dollar in verschiedenen Fonds der Bank angelegt. Darüber hinaus verwaltet die Bank weitere 172 Millionen Dollar für die Familie.

Binstock informierte ihre Vorgesetzten und recherchierte weiter. Nur um dabei schnell festzustellen, dass die heikle Kundenverbindung der Bank schon seit Jahren Kopfzerbrechen bereitet und offenbar von zwei Vorständen des Instituts, Tessen von Heydebreck und dem Sprecher der Bank, Rolf Breuer, abgesegnet war. Beide Manager wollten sich dazu am vergangenen Freitag nicht äußern.

Ein ungutes Gefühl hatten die Bank-Oberen schon damals. Doch das Geldhaus schaffte es nie, die Hintermänner dieser Firmen exakt zu ermitteln. Bis heute ist unklar, warum der Firmenkomplex so verschachtelt ist und welche Rolle Hassan Bin Laden in diesem Geflecht spielt.

Der Halbbruder von Osama Bin Laden ist nämlich nicht nur Chef der Firma Safron Partners, eines der undurchschaubaren und mehrfach verschachtelten Offshore-Unternehmen.

Hassan Bin Laden soll einem Bericht der türkischen Zeitung „Zaman“ vom Dezember vergangenen Jahres zufolge auch „einen großen Teil des Vermögens“ seines militanten Verwandten verwalten. Unter anderem hätten die beiden am 10. Mai 2000 eine Partnerschaft abgeschlossen – und je fünf Millionen Dollar in die Firma Safron Partners investiert.

Um die Rätsel der Cayman-Connection zu lösen oder einer Auflösung zumindest näher zu kommen, hatte sich die Deutsche Bank an die Rechtsanwälte der Binladin-Gruppe gewandt. Von den Juristen der Anwaltskanzlei Farrer & Co. erfuhr die Bank, dass eine weitere Offshore-Firma namens Wicklow wiederum zu 100 Prozent der Firma Elm Park Investments gehöre, die ebenfalls auf den Cayman-Inseln registriert sei, dieselbe Adresse besitzt sowie dieselben Manager beschäftigt wie Wicklow.

Elm Park wiederum gehöre der Liechtensteiner Stiftung Franc Establishment, die 1990 von den Farrer-Anwälten im Auftrag von Bakr Bin Laden, dem Chef des Familienkonzerns und Oberhaupt der Dynastie, gegründet wurde. Franc gehöre teilweise dem Familienkonzern SBG, zum Teil aber auch einer anderen Firma namens Ebor Ltd., schrieben die Juristen.

Auch dieses Unternehmen sei auf den Cayman-Inseln angesiedelt – und gehöre wiederum Bakr Bin Laden sowie seinen Erben. Die gleichen verschachtelten Besitzverhältnisse gelten, so die Farrer-Anwälte, auch für die Firma Cambridge Engineering.

Sowohl an Safron wie auch an Wicklow – das geht aus einer bankinternen Notiz aus dem Jahre 1999 hervor – war damals wiederum das US-Institut Bankers Trust, eine Tochter der Deutschen Bank, beteiligt. Zumindest an Safron, versichern hochrangige Banker, hält die Deutsche Bank noch heute Anteile.

Die Deutsche Bank, die zumindest teilweise im Geflecht der saudi-arabischen Briefkastenfirmen eine Rolle spielt, kennt trotz intensiver Recherchen die wahren Besitzverhältnisse dieser Firmen nicht mit letzter Sicherheit. Vielleicht auch deshalb behielt das Management der Bank sein Wissen um die dubiose Bin-Laden-Connection lange Zeit für sich.

Seit dem Terroranschlag ist vieles anders. Am 14. September hatte es Deutsche-Bank-Vorstand Fischer plötzlich sehr eilig: Freiwilling und unverzüglich leitete er alle Kontoverbindungen mit Cambridge Engineering und Safron Partners an die Ermittlungsbehörden weiter.

BEAT BALZLI,
KLAUS-PETER KERBUSK,

CHRISTOPH PAULY, WOLFGANG REUTER